

# Berliner Tageblatt.

Nummer 114.

Berlin, Montag, den 4. März 1895.

XXIV. Jahrgang.

## Politische Wochenchau.

Von  
Arthur Levysohn.

Es geht augenblicklich eine tiefe Bewegung durch die Gemüther in Deutschland. Von allen Seiten mehren sich die Klagen darüber, daß das Volk gegen den Kaiser, und es ist nicht ohne Bedeutung, daß die liberalen Kreise in den verschiedensten Beziehungen sich beunruhigt fühlen, aus rein ideellen Beweggründen kraftvoll Verwahrung gegen den reaktionären Charakter einzulegen, während aus den agrarisch-konfessionell-katholischen Kreisen der Schlußsatz ertönt: „ohne König keine Stühle“ oder „weg mit der idealen Politik, nur Realpolitik allein kann uns helfen“.

Beide Ansprache, die schnell zu gefälligen Worten geworden sind, erscheinen so symptomatisch für die politische Lage, in der wir uns zur Zeit befinden, daß sie es wohl verdienen, festgehalten zu werden. Als der Kaiser vor den brandenburgischen Provinzialparlamenten seine schneidende Rede hielt gegen die Union, deren Verwirklichung die Agrarier nicht erwarten durften, mag er sich vielleicht noch der Illusion hingelassen haben, daß Worte, wenn auch sehr ernst gemeint, hinwegzuwehen, die auffälligen Agrar-konfessionellen zu bändigen. Daß sich der Monarch in dieser Annahme getäuscht, darüber dürfte ihm die Haltung der Führer des Bundes der Landwirthe und ihrer Presse einen Zweifel nicht mehr gelassen. Die internationale Währungsconferenz, zu der sich die Reichsregierung entschloß, und die Einberufung des Staatsraths bezeugt die Erwägung der schwerden Agrarfragen, die nun gleichfalls die allseitige Aufmerksamkeit erregt, alle diese Verhältnisse, die Agrarier vom guten Willen des Regierens zu überzeugen, wurden als einfache Maßnahmsabnahmen ohne jede Heber-schwänglichkeit in der Darstellungsweise entgegenkommen.

Es ist beinahe noch als Glück zu betrachten, daß die Drolungen der Agrarier, die sich zu dem oben erwähnten künftigen Schicksal „ohne König keine Stühle“ bezieht, sich in der Praxis als bloße Redemonstrationen erweisen haben. Denn der Panzerkreuzer und die drei anderen Kreuzer, um die es sich in der Marinevorlage handelte, sind mit so großer Mehrheit angenommen worden, daß man auch im Regierungskabinett auf den Fein und Grob der Agrarier nicht mehr viel zu geben braucht. Aber freilich, die Dementen haben so viel Raum zu machen, verstanden, daß es kein Wunder war, wenn man erfahren Leute sich dadurch täuschen ließen und die Zahl über welche die Landwirthe verfügten, für viel größer hielten, als dies in Wahrheit der Fall war.

Es wurde auf diese Art eine Fata morgana erzeugt, die vor der ersten Annahme in Reichstagsbeschlüssen schwand. Augenscheinlich haben die Marinevorläge des Kaisers ihre Wirkung nicht verfehlt, so kam es, daß zur Stärkung der Kriegsmarine, wie zum Schutze des Handels jenseits der Ostsee, die japanischen Kriegsschiffe, die in der Ostsee verkehrten, in Deutschland durchschiffen zu antwortlose Annahme seitens der Volksvertretung gefunden haben würden.

Für die Marine haben wir freilich alle stets etwas übrig gelassen. Es kam nicht die Empfindung noch aus dem Jahre 1888, wo das ganze Volk an dem Träume einer deutschen Flotte hing. Demals galt es kein Wirtschaften, keine Kräfte, wo nicht ein bloßes Schiff, mit weichen Wimpern und einer Staffelei angefüllt gewesen wäre, um die Dreyerflotte zum Behen der deutschen Flotte aufzunehmen. Jetzt haben wir freilich die feindlich-geldliche Art der Geldbeschaffung für Reichsweide nicht mehr möglich, und die Vermögens-mehrung ist so gering, daß es kaum noch erheblich Neuwachst-widerstand zu überwinden ist.

Unsere Flotte wird dem auch bald Gelegenheit haben, Volk und Vaterland in glänzender Weise zu repräsentieren. Die Einweihung des Norddeutschen Kanals hat dem Kaiser Veranlassung gegeben, die Flotten der seefahrenden Nationen zu dieser Zeit besonders einzuladen. Von allen Seiten sind bereits die Erklärungen eingetroffen, daß unsere Nachbarn und Freunde sich eine Ehre daraus machen, diesem bedeutungsvollen Feste beizuwohnen. Auch die französische Republik hat ihre Bereitwilligkeit erklärt, bei dieser von Deutschland angeführten internationalen Freizeitsfeier durch ihre Marine vertreten zu sein. Daß die Regierung des Präsidenten France, daß der Ministerpräsident Ribot und der Minister des Auswärtigen Gantaur zu dieser Entscheidung gelangten konnten, zeigt besser als seitenlange Ausführungen, daß unsere Beziehungen zur Republik in der letzten Zeit um vieles freundnachbarlicher sich gestaltet haben, als dies noch in der Zeit des Fürsten Bismarck der Fall gewesen. Der aufrechten Politik der letzten Reichspräsidenten ist bei uns Frankreich gegenüber eine Zeit der ritterlichen Entgegenkommen und der wohlwollenden Theilnahme gefolgt, die zum größten Theil der persönlichen Initiative des Kaisers entsprang war. Diese verständigere Haltung beginnt nun ihre Früchte zu zeigen. Obwohl noch eine Heiligung-gewerdmäßig-gewinnbringender Klaffen in Paris sich alle nur erdenkliche Mühe gibt, um das einträgliche Geschäft des Weinhandels nicht untergehen zu lassen, so ist nachgerade doch der gesunde Menschenverstand des französischen Publikums wieder derartig zu Kräften gekommen, daß es sich nicht mehr durch das Gebrauh der interjektiven Hebenhubs einschüchtern läßt. Wie Frankreichs Marine an der Einweihung des Norddeutschen Kanals Theil nimmt, so erscheint ein guter, vielleicht der beste Theil seiner Kaiserin nun auch auf der Berliner Kunstausstellung, und so wird der Mann, der seit fünfzehn Jahren auf den Beziehungen der beiden großen Kulturnationen nicht, nun von zwei Seiten gedrückt und gebrochen, und die Friedensstimmung haben alle Ursache, sich zu dieser Wendung der Dinge Glück zu wünschen.

In die Zahl der mit Genugthuung zu betrachtenden Symptome friedensverträglicher Natur gehört auch die Er-

nennung des Fürsten Robanow-Rostowstsch zum russischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Der russische Staatsmann war nach der Berufung des Grafen Schadow zum Generalgouverneur von Polen zum Vorkämpfer in Berlin ernannt worden, ohne noch dahin zu gelangen, sein Beglaubigungsschreiben fertig zu überreichen. Inzwischen war Baron Giers gestorben, und der Zar sah sich somit in die Nothwendigkeit versetzt, nach einem neuen Leiter seiner auswärtigen Politik Umschau zu halten. Reibow, der Vorkämpfer in Konstantinopel, den die Panlawisten pöbeln, konnte man nicht wohl zum Nachfolger für Giers ernennen, denn er war toeben noch wegen seiner Balkanpolitik von Wien aus als Vorkämpfer angesehen worden. Seine Ernennung dürfte also wie eine direkte Herausforderung Österreich-Ungarns ausgehen. Herr v. Siala, der Vorkämpfer in London, hätte vielleicht gern seine Ungelamie von der leitenden Stelle in Petersburg aus zur Durchführung gebracht, aber Fürst Robanow dächte dem Jaren den russischen Staatsminister, dessen Name ihm zur Fort-führung der begonnenen Friedenspolitik am meisten prädestinirt.

Hierzu war freilich notwendig, daß Kaiser Wilhelm darauf verzichtete, diesen Diplomaten in Berlin, für das er, wie gesagt, ernannt war, beglaubigt zu sehen. Nach längerer Verhandlung kam dann auch eine Verständigung in diesem Sinne zwischen Petersburg und Berlin zu Stande, und so darf Fürst Robanow-Rostowstsch gleichfalls als ein Repräsentant jener friedlichen Gesinnungen angesehen werden, die den Völkern Europas zu Gute kommen.

## Die Aufgaben des Staatsraths.

Die Vorlagen, welche der am 12. d. M. zusammentretenden „engeren Berathung“ des Staatsraths unterbreitet werden sollen, sind nach der „Schl. Ztg.“ die folgenden:

### I. Maßnahmen zur Hebung der Preise landwirtschaftlicher Produkte.

1) Zur Hebung des Getreidepreises. Die Nothlage der Landwirtschaft wird durch die immer steigende Unrentabilität des Ackerbaues angehen. Zur Hebung dieses Mißstandes sind aus den Kreisen derer, die sich mit dieser Nothstandsfrage beschäftigen, Vorschläge gemacht worden, die wesentlich auf dem Gebiete der Monopolisirung des Handels mit Getreide beruhen. Folgende Vorschläge stehen sich im Vordergrunde der Erörterung:

- a. die Monopolisirung des Handels mit ausländischen Getreide in Verbindung mit einer Bekämpfung der Preise für das eingeführte ausländische Getreide nach Maßgabe des Preisstandes im Inlande innerhalb der letzten 40 Jahre;
- b. die Monopolisirung des Handels mit ausländischen und inländischen Getreide;
- c. die Regulirung der Einfuhr von ausländischem Getreide;
- d. die Bekämpfung des zum Verbrauch im Inlande eingeführten ausländischen Getreides in Eisenwerken;
- e. die Einführung eines staatlichen Vorkaufsystems;
- f. der Verkauf von Getreide seitens des Staates und die Verwertung desselben zu Wohlthätigkeitszwecken.

Es fragt sich: Sind diese Vorschläge, den erstesten Eindruck zu erwecken? Sind sie praktisch durchführbar?

Referenten: 1) Konrad v. Kardorff zu Cels, 2) Kammerherr v. Dellbrück auf Breda.

2) Zur Hebung des Zucker- und Spirituspreises. Welche Maßregeln sind zur Bekämpfung der gegenwärtigen Krise in der Zuckerindustrie und zur Verbesserung der Lage des Branntwein-Verbraucher-Vertrages zu ergreifen?

Referenten bezüglich der Zuckerindustrie: 1) Amstorf v. Zimmermann auf Sanddorf, 2) Landes-Oekonomierath v. Rammann zu Sternberg, bezüglich des Branntwein-Verbraucher-Vertrages: 1) Gumboldt v. Seydel auf Gleditz, 2) Graf v. Jülich-Schwerin auf Wulfenau.

### II. Maßnahmen auf dem Gebiete der Währungsreform.

Welche Folgen resultieren aus dem Ergebnisse der Beratungen der „engeren Berathung“ zu geben? Unabwendig: Sind zur Hebung und Befestigung des Silbervertrages im gegenwärtigen Zeitpunkt Maßnahmen zu ergreifen?

Referenten: 1) Generalconsul Ruffel zu Berlin, 2) Graf v. Mirbach auf Sorkowitz.

### III. Maßnahmen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Verbilligung des Absatzes der Erzeugnisse.

Sind zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Verbilligung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse eine wirksame Herabsetzung der Eisenbahnfrachten auf weitere Entfernungen zu empfehlen? Sind von einer dergleichen Herabsetzung der Eisenbahnfrachten bestimmte Vortheile für die landwirtschaftlichen Volk- und Viehhaltung- und landwirtschaftlichen Erzeugnisse anzuzuführen?

Wagt es im Interesse der Landwirtschaft, durch eine lodernde Regelung der staatlichen Schiffsahrtsgesetze (Gesetz der Unterhaltungskosten, Bezugs- und allmähliche Tilgung der Anlagelosten) auf eine angemessene Befreiung der Frachten auf den Wasserstraßen, welche vorzugsweise für die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse des Auslandes dienen, zu wirken?

Referenten: 1) Dr. Freiherr v. Sgorliemere-Riff auf Riff, 2) Graf v. Kanitz auf Pörsdorf.

### IV. Maßnahmen zur Verbesserung der ländlichen Arbeiter-Verhältnisse, insbesondere in den östlichen Provinzen der Monarchie.

Sind wirksame Unterstüßung der Rentengeldbildung durch Ernennung der Rentengeldbildung für seine Stellen (Kreierstellen) zu empfehlen? Referenten: 1) Staatsminister Graf v. Bötticher auf Ribben-Großen-Borsum, 2) Präsident Dr. v. Wittenburg in Posen.

### V. Maßnahmen auf dem Gebiete der Kreditorganisation.

Sind die bisherigen Bestrebungen der Kreditreform in den östlichen Provinzen der Monarchie, insbesondere in den östlichen Provinzen der Monarchie, zu empfehlen? Sind die Kreditreform in den östlichen Provinzen der Monarchie, insbesondere in den östlichen Provinzen der Monarchie, zu empfehlen? Sind die Kreditreform in den östlichen Provinzen der Monarchie, insbesondere in den östlichen Provinzen der Monarchie, zu empfehlen?

Wage zugleich auf eine spätere Verminderung der Gesamt-Verbindlichkeit des Grundbesitzes hinzuwirken?

2) Ist durch Maßnahmen auf dem Gebiete des Kreditwesens eine Befreiung der jetzt theilweise vorhandenen Ueberladung zu erreichen?

3) Wird durch die bestehenden Grundkredit-Institute dem Grundbesitz ein genügend weit ausgedehnter, unfaßbarer, unglückseliger wohlfeiler und leicht zugänglicher Kredit mit allmählicher Tilgungsverpflichtung gesichert?

4) Wird von dem kommunalen Sparkasten nach ihrer gegenwärtigen Verfassung ein solcher Kredit in ausreichendem Maße gewährt oder welche Veränderungen sind in dieser Richtung anzubringen?

5) Ist es ein etwas als nötig erachtete Reform die Neubildung großer Kreditorganisationen, oder die Fortbildung der übernommenen landwirtschaftlichen und kommunalen Kreditinstitute zu leisten?

Referenten: 1) Freiherr v. Dönniges, gen. Sueno auf Groß-Wehndorf, 2) Landesdirektor Dr. Klein zu Düsseldorf.

3) Herr v. Kardorff theilhaftig als Referent über die Maßnahmen zur Hebung des Getreidepreises fungieren wird, steht dahin. Von anderer Seite wird, wie wir bereits gefahren mittheilen, behauptet, er habe abgelehnt, und Graf Kanitz werde an seiner Stelle das Referat übernehmen.

Die „Hamb. Nachr.“ schreiben, daß Fürst Bismarck zwar noch heute Mitglied des Staatsraths sei, weil er es schon geworden, lange Zeit bevor er Minister wurde; er sei jedoch die Annahme, daß er auch noch Vizepräsident der Akropolis sei, für irreführend. Diese Stellung, die er in Vertretung des damaligen Präsidenten, des Kronprinzen, bekleidete, sei von seiner Ministerstellung nicht zu trennen. Diese Auffassung sei auch die des königlichen Staatsministers, von welchem Fürst Bismarck zur Zeit der Wahl zum Staatsrath in die Kommission amlich eingeladen worden sei. Derselbe habe indessen geäußert, ihm mit Rücksicht auf seine Gesundheitserhaltung nicht von der Theilnahme an den Verhandlungen zu dispensiren.

\* Wie uns ein Privat-Telegramm aus Nürnberg meldet, nahm, daß sich am letzten Sonntag eine überaus zahlreich besuchte freiwillige Protestversammlung einfindig eine Demonstration gegen die Umföhrungsverträge an.

\* Eine vom Labordirektor v. Bismarck und der Abteilung 5 des deutschen Labordirektors einberufene, äußerst zahlreich besuchte Versammlung von Ärzten aus Baden, Bayern, Württemberg, Elsaß-Lothringen und Hessen beschloß, wie uns ein Privat-Telegramm aus Mannheim meldet, dem Reichstag zu erlöhen, gegen die Labortests zu stimmen.

\* Verschiedene Provinzialblätter erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß Minister v. Bismarck in der Freie Schulung von Arbeitervereinigungen im Ministerium über Herrn v. Ritter den Sieg davongetragen habe.

\* Der Regierungsrath Simon und der Regierungsdirektor v. Bismarck im Handelsministerium haben sich im Auftrag des kaiserlichen Kommissars für Handel und Gewerbe mit dem Reichsminister v. Bismarck und dem Reichsminister v. Bismarck nach Essen, Elsaß-Lothringen und Oesterreich begeben, um von den Einrichtungen der gewerblichen Hochschulen in diesen Ländern, namentlich von den großen Baugewerk- und Webeschulen, Kenntnis zu nehmen.

\* Wie die „N. N.“ aus Wien von zuverlässiger Seite erfahren, wird gegen den Kaiser Franz Josef gelegentlich seiner letzten Reise nach Rom ein Antrag auf die Seite eines österreichischen Reichstages geplant, welcher dem Monarchen nachgereicht war. Auf Requisition der Wiener Behörde gelang es der französischen Polizei, die betreffende Persönlichkeit wenige Stunden nach dem Eintreffen des Kaisers zu verhaften.

\* Das Wiener „Fremdenblatt“ bespricht die Ernennung des Fürsten Robanow zum russischen Minister des Auswärtigen und erblickt darin ein neues erfreuliches Zeichen für die im kaiserlichen Manifest mit aller Deutlichkeit und Wärme angelegentlich friedliche Tendenz der russischen Politik, sowie eine Bürgschaft dafür, daß die kaiserlichen Absichten mit fester Hand in dem Geiste, von welchem sie ausgegangen sind, werden ausgeführt werden. Fürst Robanow, welcher mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen im freundschaftlichsten Verkehr stand und persona gratissima dem Kaiser von Oesterreich-Ungarn war, wird da er mit den bei uns an leitender Stelle herrschenden Intentionen vollständig vertraut ist, seinen Kaiser und die politischen Kreise Russlands genau über die Wiener Verhandlungen und Stimmungen zu unterrichten wissen, in Petersburg stets die richtige Auffassung von der österreichischen Politik zur Geltung von allen die Monarchie betreffenden Angelegenheiten aufzufassen und endlich gewöhnlichen freundschaftlichen Beziehungen die zum Besten beider Reiche beizutragen. Fürst Robanow, dessen Scheiden in der Wiener Weltanschauung eine sehr große Lücke zurückläßt, bezieht eine neue ehrenvolle Laufbahn in einer für einen Staatsmann von so reichlichen Gesinnungen und loyalen Willen ungewöhnlich günstigen Zeit, in welcher Spannung und Mißtrauen überall nachgelassen und Friedensbegehren und Friedensüberdacht allgemein herrschen.

\* Aus Budapest wird der „Pol. Kor.“ von einem „mit den maßgebenden ungarischen Kreisen in Fühlung stehenden“ Korrespondenten geschrieben: Wenn auch schon früher ein